



Pressemitteilung

Pressereferat

der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
<http://www.wiesbaden.de/presse>

3. September 2024

Planen Bauen Wohnen, Umwelt & Naturschutz, Homepage

Bau und Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage in Wiesbaden beschlossen

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden hat am Dienstag, 3. September, die Gründung einer neuen Gesellschaft zum Bau und Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage in Wiesbaden im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit beschlossen.

Gesellschafter sind jeweils zu 50 Prozent der Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden – diese über ihre 100-prozentige Tochtergesellschaft MBA-Wiesbaden. Die finale Entscheidung der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung (voraussichtlich am 26. September) sowie die des Kreistages des Rheingau-Taunus-Kreises stehen noch aus. Standort der Bioabfallvergärungsanlage soll die Deponie Dyckerhoffbruch sein. Sie soll 2029 in Betrieb gehen.

„Seit 15 Jahren wird aus den in Wiesbaden gesammelten Bioabfällen Strom und Wärme gewonnen – in der Bioabfallvergärungsanlage in Flörsheim-Wicker. Das ist gut und nachhaltig. Noch besser ist allerdings, wenn in Zukunft aus den Wiesbadener Bioabfällen in Wiesbaden umweltfreundliches Biogas erzeugt wird, das aufbereitet ins städtische Gasnetz eingespeist und so von den Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern genutzt werden kann“, sagt der für die ELW sowie die MBA zuständige Dezernent Andreas Kowol. „Durch die Partnerschaft mit dem Rhein-Taunus-Kreis ist die Wirtschaftlichkeit gegeben, zumal es bereits Gespräche mit weiteren Kommunen gibt, die gerne für die Verwertung ihre Bioabfälle ab 2029 die neue Anlage in Wiesbaden nutzen möchten.“

ELW-Betriebsleiter und MBA-Geschäftsführer Markus Patsch ergänzt: „Ich bin überzeugt, es ist gut für die Landeshauptstadt Wiesbaden und ein wichtiges Projekt im Sinne der Nachhaltigkeit. Geplant ist eine Anlage nach dem aktuellen Stand der Technik, in der hocheffizient und klimaschonend Bioabfälle verwertet werden können. Für mich ist der Bau dieser Anlage ein Herzensprojekt. Es bewegt mich seit 2018 und ich habe es auch nach dem Ausstieg des ersten angedachten Partners im Jahr 2019 – dem Kreis Groß-Gerau – konsequent weiterverfolgt. Mit dem Rheingau-Taunus-Kreis haben wir bei dem Projekt einen langjährigen Partner an der Seite und werden die gute Zusammenarbeit, die wir in anderen Bereichen bereits mit ihm haben, noch weiter ausbauen.“

In Wiesbaden wurden im Jahr 2023 rund 18.700 Tonnen Bioabfälle gesammelt. Gemeinsam mit den Bioabfällen des Rheingau-Taunus-Kreises – und über eine weitere interkommunale Zusammenarbeit mit den Bioabfällen aus dem Rhein-Lahn-Kreis – wird daraus in der neuen Bioabfallvergärungsanlage in Zukunft Biogas gewonnen. Es kann für die Erzeugung von Strom und Wärme genutzt werden. In der neuen Anlage können bis zu 60.000 Tonnen Bioabfall pro Jahr verarbeitet werden. Die Investitionskosten liegen bei rund 35 Millionen Euro. Aufgrund der interkommunalen Zusammenarbeit können Fördermittel des Landes Hessen genutzt werden.

In der Anlage werden aus den 60.000 Tonnen Bioabfall pro Jahr rund 8,9 Millionen Kubikmeter Biogas gewonnen, das entspricht aufbereitet etwa 5 Millionen Kubikmeter Biomethan. Rechnerisch könnten damit mehr als 10.000 Haushalte für ein Jahr versorgt werden.

Insgesamt wird sich die neue Bioabfallvergärungsanlage positiv aufs Klima auswirken, da der Strom aus Biogasanlagen viel klimafreundlicher ist als Strom aus den fossilen Energieträgern. Gegenüber dem Mix aus fossilen Energieträgern, also Braunkohle, Steinkohle, Öl und Gas, verursacht Biogas mindestens 500 Gramm weniger Treibhausgasemissionen je Kilowattstunde Stromerzeugung. Bei Auslastung der Anlage können somit mindestens 27.500 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr gegenüber einem Mix aus fossilen Energieträgern eingespart werden.

„Klimaschutz auch in Form einer Produktion von Biogas wie in der geplanten Vergärungsanlage ist schnell wirksam, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Auch bei weiteren Klimaschutzmaßnahmen könnte ich mir eine intensiviertere Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn sehr gut vorstellen“, sagt Kowol abschließend.

+++